Proletarier! „Volksentscheid" ist eine Schwindelparole!

fachung soll eine Lohn- und Arbeitersparnis für die Unternehmer bilden: ermäßigt wird die Lohnsteuer nicht um einen Pfennig.

Es sollen ermäßigt werden: die Umsatzsteuer von 1 Proz. auf 0,6 Proz.; in weiterem Maßstabe die „erhöhte Umsatzsteuer", d. h. die Luxussteuer (!), die teils ganz aufgehoben werden soll. Ferner soll die Fusionssteuer, die bei Zusammenschlüssen von Unternehmen erhoben wird, ermäßigt werden. Schließlich sollen noch ermäßigt werden: Vermögenssteuer, Wertzuwachssteuer (!), Börsenumsatzsteuer, Körperschafts- (d. h. Gesellschafts-) Steuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbssteuer; in manchen Fällen bis zur Hälfte, in manchen Fällen wo verschiedene Steuern zusammentreffen, soll eine und die andere ganz wegfallen. Das ist die Kunst. Für das Ganze wird der Einnahmeausfall auf 550 Millionen Mark geschätzt.

Dem „Volk" soll diese Operation insofern von Nutzen sein, als sie eine Preissenkung von 2 Prozent (Zwei vom Hundert!) herbeiführen könne. Den Arbeitern bleibt bei den Flickversuchen die Hoffnung, daß sie einst, in grauer Nebelferne bessere Tage erleben können, wenn das Experiment des Buchhändlers einschlagen sollte. Wenn die Kapitalisten wieder ordentliche Profite machen, neue Reichtümer gesammelt, neu gebaut haben, amerikanisiert, rollendes Band und so, dann werden sie auch nicht so sein. Dann wird auch für die Proleten ein Happen abfallen. Wer dann noch lebt. Wenn das Experiment einschlägt. Aber es wird nicht einschlagen! Das Reinholdsche Finanzprogramm ist wie das Himmelreich. Wer sich darauf verläßt, ist verlassen.

Dr. Reinhold sieht die Ursache der Krise in der Kapitalknappheit. Es wäre mehr als sonderbar, wenn es einen Finanzminister gäbe, der nicht Ursache und Wirkung verwechselt. Aber gehen wir von seinem Aberglauben aus: Die deutsche Landwirtschaft ist mit 11 Milliarden Mark verschuldet, einschließlich der paar hundert Millionen Amerikakredite. Die Industrie ist im Verhältnis viel tiefer verschuldet; ihre Amerikakredite betragen an die 6 Milliarden Mark. Alles floß in den Konsum, ist aufgefressen. Viele hundert Millionen Mark flossen aus Amerika für deutsche Aktien, Beteiligungen, Sachwerterwerbungen. Alles hat nichts geholfen, alles ist Spielerei gegen die überlegene amerikanische Technik. Aber ausgerechnet diese 550 herabgeschraubten Steuerpimperlinge werden alles in Butter bringen! Daß dieser Mann mit seinem Wunderglauben keinen besseren Posten findet, als den des Finanzministers in einem krachenden, berstenden Trümmerhaufen.

Sehen wir uns die Eisenbartkur weiter an. Der Reichshaushaltsplan soll sich ausgleichen in Einnahme und Ausgabe mit 7,4 Milliarden Mark. Nach dem Einnahmeausfall sollen bleiben rund 6,4 Milliarden. Die Einnahmen sollen erhöht werden durch einen Münzgewinn von 133 Millionen. Das ist eine einmalige Einnahme. 47 Millionen sollen kommen aus vermehrten Einnahmen (wofür?) und verminderten Ausgaben, d. h. Beamtenabbau. Nicht „schematisch" sagt Reinhold. Der Rest von 370 Millionen soll gedeckt werden durch Anleihen und durch Verausgabung vorhandener Betriebsmittel. Das ist wieder nur einmalig. Es wird also bleiben bei dem nicht „schematischen" Beamtenabbau. „Nörgler" und so.

Interessanter ist die Ausgabenseite von Reinholds Buch: Die Steigerung der Ausgaben für den direkten Staatsbedarf gegen 1913 beträgt 2270 Millionen Mark oder rund 85 Prozent, für das laufende Jahr. Allein 49 Prozent der gesamten Ausgaben entfallen auf „unmittelbare Ausgaben infolge des Krieges und der Besatzung" (!?, nähere Angaben will der Herr Reinhold im „Ausschuß" machen!). Die „Militärversorgungsgebührnisse" (Offizierspensionen) betragen 1492 Millionen Mark! — darunter allein: 160 Generale! Fürsten, Rittergutsbesitzer, Millionäre und was noch alles so in der freiesten Republik der Welt pensioniert ist. Die „inneren Kriegslasten" betragen 298 Millionen Mark (darunter die paar Kröten für die Kriegskrüppel. Hinterbliebenen etc.). Im Jahre 1913 bezogen die Offizierspensionen 376 Millionen Mark ausgeworfen. Der Mehrbedarf von 117 Millionen Mark auf (70 für Heer, 47 für Marine), infolge „der Steigerung der Gehälter und Löhne". Die Reichswehr alleine verbraucht 9 Prozent (bisher 7 Prozent) der direkten Reichsausgaben.

Neben diesem Etat des Offizierspensionsstaates verschwinden sogar die für 1926 ausgeworfenen 80 Millionen Mark „Zahlungen an die durch Kriegs- und Liquidationsmaßnahmen geschädigten Reichsdeutschen", die insgesamt noch 900 Millionen bekommen sollen. Selbst die 600 Millionen Mark für Reparationsleistungen verblassen an den Pensionen und Gehältern der Militaristen. Wären die Proletarier noch befehrungsfähig, diese Ziffern müßten sie aufpeitschen. Jeder versucht noch nachträglich aus dem Kriege sein Geschäft zu machen; nur das Proletariat hat seine Millionen auf den Schlachtfelde gelassen oder verkrüppelt in die Heimat geschleppt, bezahlt die Zeche durch Millionenarbeitslosigkeit, durch Massenelend und Massensterben.

Von den Reinholdschen Ziffern glaubt sogar die Sozialdemokratie eine Wirkung auf die Arbeiter. Herr Hilferding unterließ es nicht, seinen obligaten Eiertanz aufzuführen und zu verkünden, daß die Sozialdemokratie nicht mit „allen" Maßnahmen „einverstanden" sei, das Existenzminimum müsse erhöht werden. In Berlin wohnen 2 Millionen Menschen zu je vier Personen in einem Zimmer, sogar 390 000 Personen mit ansteckenden Krankheiten hausen mit anderen zusammen in einem Raum. Ein Deutschnationaler mußte ihn fragen, warum er nicht wenigstens den Anfang gemacht habe, als er Finanzminister war. Herr Hilferding schiebt die Schuld für seine Unterlassung nicht nur den Deutschnationalen in die Schuhe, sondern auch die Annahme der Dawes-Gesetze!

Die Proletarier werden weiter schlafen, werden weiter in die Parlamente wählen, werden weiter Gewerkschaftsdisziplin üben und die Sozialdemokratie wird nach einigem Feilschen dem neuen Versklavungsakte der Proletarier zustimmen. Und daß der Wohnungsbau keine Profite abwirft, daß die Proletarier neue Wohnungen zur nicht bezahlen können, weiß die Sozialdemokratie sehr genau. Erst wenn die Proletarier die Scheidelinie gezogen haben werden zwischen sich und dieser Parlamentariern und Gewerkschaften, zwischen sich und dieser famosen Republik, zwischen sich und dem Ausbeutertrack, erst dann werden sie die Voraussetzungen schaffen können für Existenzminimum und Wohnung.

Der amerikanische Riesenstahltrust.

Der Kapitalismus konzentriert sich auf immer riesenhaftere Gebilde. Noch ehe der deutsche Ruhr-Montantrust sich auch nur dem Namen nach konstituiert hat, haben sich in den Vereinigten Staaten 10 große Trusts, das ist fast ausschließlich die gesamte amerikanische Stahlindustrie von Bedeutung, zu einem einzigen Gebilde zusammengeschlossen.

Der Trust, der United States Steel Corporation" firmiert, setzt sich aus folgenden Werken zusammen: Carnegie Steel Co., Illinois Steel Co., American Steel u. Wire Co., American Steel u. Tin plate Co., Tenessee Coal, Iron u. Railroad Co., American Bridge Co., The Lorain Steel Co., National Tube Co., Canadian Steel Corporation, Minesotta Steel Co. Der Stahltrust beherrscht nicht nur die Stahlproduktion, sondern auch dessen hauptsächlichste Weiterverarbeitung, als Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaften, den bedeutendsten Autotrust, Maschinen- und Motorenindustrie, Brückenbau u. a.

Die Exportgeschäfte dieses Trustes werden durch die „United States Steel Products Company", eine extra für die Ausfuhr gegründete riesige Organisation vorgenommen, die in der ganzen Welt Filialen unterhält, so u. a. in Shanghai, Bombay, Johannesburg, Soerabaya, Valparaiso, Beuenos Aires, Rio de Janeiro, London, Rom, Rotterdam, Lima, Mexiko, Peking.

Diese Riesenorganisation, die zu ihrer überlegenen Technik noch ihre große Kapitalkraft fügt und langfristige Kredite gewährt, muß über jede europäische Trustspielerei den Sieg davontragen.

Gegen die amerikanische Industrieorganisation muß auch der stärkste deutsche Stahltrust eine lächerliche Kleinigkeit bleiben. In der Hauptsache wird sich die deutsche „Rationalisierung" auf die Lohndrückung und Auspressung der Arbeitssklaven werfen. Werden die deutschen Proletarier bald begreifen, daß ihre Gewerkschaftsspielerei gegen den modernen Kapitalismus eine Waffe ist, wie ein Kasperl gegen einen Panzerzug?

Der französische Außenhandel im Januar stark passiv.

Sinkende Ausfuhr — steigende Einfuhr.

Im Januar 1926 belief sich die französische Einfuhr auf 3 629 359 t im Werte von 4 483 133 000 Fr., was gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 110 806 t im Werte von 1 319 159 Fr. bedeutet. Die Ausfuhr belief sich im Januar 1926 auf 2 271 273 t im Werte von 3 868 345 000 Fr. Gegenüber dem Januar 1925 bedeutet das eine Verminderung um 5436 t, dagegen eine Erhöhung des Wertes um 317 815 000 Fr. — Die „Erhöhung" des Wertes liegt in dem entwerteten Franken. Frankreich zeigt dasselbe Bild wie das gesamte Europa, trotz seiner Inflationsschmutzkonkurrenz.

Aus der Bewegung

„Volksentscheid" und die Frauen

Um für diese Parole auch bei den Frauen zu werben, hatte die KPD. in Berlin sieben Frauenversammlungen einberufen. Das Thema hieß: „Wie wollen die Frauen Wilhelm II. abfinden?"

Trotz des anziehenden Themas, mäßiger Besuch. Am Eingang wurden den Frauen kostenlos kleine Papierfähnchen in die Hand gedrückt. Sie trugen die Aufschrift: „Keinen Pfennig den Fürsten."

In Neukölln hielt Dr. Ernst Meyer das Referat. Er setzte den Frauen den Rechtsstandpunkt der Fürstenabfindungen auseinander, klärte den Eigentumsbegriff zwischen Staat und Fürstenhäuser auf, indem er launig eine erzählte, wie der österreichische Herr Schacht Kaiser Wilhelm II. eine reichhaltige Bildergalerie anbot, wenn er dafür den Grafentitel erhielt. Nach langen Verhandlungen bekam Herr Schacht seinen Grafentitel und Wilhelm II die Bilder. Jetzt fordert Wilhelm II. auch für die Bilder eine Entschädigung. Der Referent machte die Frauen darauf aufmerksam, daß es ganz rechtwidrig sei, daß Wilhelm dieses als sein Eigentum betrachte, es wäre doch Staatseigentum; ja Wilhelm müsse sogar nach den deutschen Gesetzen zu Zuchthaus verurteilt werden. Denn der betreffende Paragraph heißt: „Wer Titel verleiht, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen, der wird mit Zuchthaus bestraft."

Es war eine harte Geduldsprobe, dieses ruhig mitanzuhören. Auch die Frauen schenkten den Ausführungen wenig Aufmerksamkeit. Sie verlangten sensationelle Enthüllungen über die Fürstenliebchen; denn die wiederholten Ausrufe „und die Huren?" charakterisierten ihre Einstellung. Endlich gab ihnen der Referat ein paar magere Brocken über die Fürstenmätressen. — Vorsichtig schließlich wurde er das bisherige Verhalten der Sozialdemokratie, daß mit ihrer Hilfe den Hohenzollern neben einer monatlichen Rente von 50 000 Mk. 60—80 Millionen Mark hinterher geschickt worden sind.

Er zitierte den Artikel über Fürstenabfindung in der Vossischen Zeitung (Morgenausgabe vom 17. Februar) von dem Fürstenanwalt dem **Sozialdemokrat Rechtsanwalt Heine.**

Man höre, was Heine wörtlich sagt:

„Politischen Erwägungen entspringt auch die in fast allen Bundesstaaten von den Vertretern des republikanischen Gedankens geäußerte Absicht, den ihrer Herrschaft verlustig gegangenen Fürsten keine **unnötigen Kränkungen zuzufügen** und ihnen die Möglichkeit einer Lebenshaltung zu lassen, die nicht bei ihren vielen Anhängern Mitleid und Erbitterung erzeugen und als Agitationsmaterial gegen die Republik ausgenutzt werden könnte.

Der wirtschaftliche Verfall Deutschlands machte andererseits die vollzogene Fürstenabfindung zu einem neuen Problem, an das im Revolutionswinter kein Mensch gedacht hatte. Die den Fürsten zugebilligten Abfindungsrenten wurden Bruchstücke von Pfennigen. Mit manchem der früheren Landesherren wäre es nicht zu Prozessen gekommen, wenn man ihnen rechtzeitig im Wege des Gesetzes maßvolle Aufwertungen angeboten hätte."

„Die politische Aufgabe des etwa zu schaffenden Kollegiums geht aber auch dahin, nicht monarchistische Agitationsherde entstehen zu lassen, und dazu gehört nicht nur, daß man die Mittel der ehemaligen Landesherren beschränkt und ihren Gebrauch kontrolliert, sondern, daß man auch auf die Sentimentalitäten Rücksicht nimmt, die wieder die Art der Abfindung der Fürsten gefühlsmäßig zum Ausgangspunkt neuer Feindschaft gegen die Republik nehmen könnten."

Ohne diese gemeine zynische Verhöhnung der Arbeiter richtig zu geißeln, appellierte er trotz alledem an die Sozialdemokraten, den Volksentscheid gemeinsam zur Durchführung zu bringen.

In der Diskussion sprach eine KAPD.-Genossin. Sie zeigte gerade an diesen schamlosen frechen Ausführungen des Rechtsanwalts Heine die famose Einheitsfront mit SPD. und KPD. auf. Sie erklärte den Frauen, daß Privateigentum die festeste Säule des Kapitalismus sei. Und die Enteignung eines Teiles der Kapitalisten, wie der Fürsten, könne nicht durch Abgabe von Stimmen vollzogen werden. Es wäre eine Illusion und eine schlimme Irreführung und Ablenkung von ihren eigentlichen Aufgaben, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie, ohne die Macht zu haben — im kapitalistischen Staat etwas zu bestimmen hätten. Das seien Nachtragen. Und sie zeigte der Versammlung, daß die Macht die famose Republik ist mit ihrer Weimarer Verfassung, mit ihrer Klassenjustiz, die täglich die Arbeiter zu den grausamsten Strafen verurteilt. Und diese Reichsregierung läßt vorläufig gnädigst zu, daß Listen zum „Volksentscheid" ausgelegt werden dürfen. Und dieses Manöver bucht die KPD. noch als ihren parlamentarischen Erfolg? Zum Schluß zeigte sie die Aufgaben des revolutionären Proletariats auf. Daß es nun mehr wie je gelte, diese Illusion, dieses großangelegte Massenbetrugsmanöver zu zerstören und die Kräfte zu organisieren zur Enteignung aller Kapitalisten, d. h. zum schwersten aller Kämpfe, zur Uebernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht durch das Proletariat. Diese Aufführungen fanden bei den Arbeiterfrauen große Zustimmung. Nun sprach ein KPD.-Mitglied, eine Lehrerin, und beklagte sich, daß es nicht recht wäre, sich dieser großen Volksbewegung entgegenzustellen. Sie forderte auf, sich dem roten Frauen- und Mädchen-Frontkämpferbund anzuschließen und die Werbeversammlungen zu besuchen. Sie sagte wörtlich: „dort wird euch kein langweiliges Referat gehalten werden, auch wird **nicht von Politik** gesprochen, sondern es wird nur auf die Ziele und Wege des roten Frontkämpferbundes hingewiesen."

Dieses Kunststückchen kann nur die „einzige Arbeiterpartei", „die Führerin des Proletariats", die **„kommunistische"** Partei Deutschlands fertig bringen.

Im Schlußwort mußte der Referent bestätigen, daß durch den „Volksentscheid" das kapitalistische Privateigentum nicht erschüttert wird. Aber trotzdem dürfe man diese Bewegung nicht sabotieren. Die Deutschnationalen sabotierten diesen Volksentscheid und wir wären demnach auf dieselbe Linie zu bringen.

Und, führte Dr. Ernst Meyer weiter aus, sollte die Reichsregierung diese große Volksbewegung zu verhindern suchen, dann werden sie **Aufrufe zur gewaltsamen Besetzung erlassen. Sie werden in den Schlössern Wachen aufstellen** ——,

Genossen von der KPD. laßt euch diesen Unsinn weiter gefallen? Wollt ihr euch für diese Fata-Morgana einspannen lassen? Wollt ihr den letzten revolutionären Kredit vor die Hunde werfen? Wenn nicht — dann helft uns dieses Lügengewebe und diesen Massenbetrug zu zerstören und sammelt alle Energie und Kraft gegen diese verräterische Einheitsfront und setzt euch ein für den kompromißlosen Klassenkampf um die wirtschaftliche und politische Macht.

Die Ursache der Verelendung ist der Kapitalismus, die Demokratie. Nicht Enteignung einiger Parasiten, sondern Enteignung aller Ausbeuter. Nicht Stärkung der Republik durch die Vermögen der Fürsten, sondern Bekämpfung beider. Nicht **Volksentscheid, sondern Revolution.** Das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Durch den Sturz des Kapitalismus wird auch die Republik beseitigt und ihre fürstlichen Lieblinge. Durch die Eroberung der politischen Macht erkämpft sich das Proletariat die gesamte Wirtschaft, einschließlich der fürstlichen Vermögen.

Mitteilungen

Abrechnung der VRUK. 31. 1. 26. Berlin (Extra-Listen).

2. Bezirk: Listen Nr. 300, 81. Verkaufsstelle, Konsum Beusselstraße 6 Mk.; Nr. 301, à Konto 4,20; Nr. 348, AEG. Turbine, Düsen- und Werkzeugbau 34,10.

3. Bezirk: Nr. 330, Gießerei Kremner-Pankow 19 Mk.; Nr. 331, Nachweis Gormannstraße 4,25; Nr. 332, F. A. Lautenschläger, Schöneberg 5—6 63,50; Nr. 333, 2,80; Nr. 334, Pa. Görz, Friedenau 5,30; Nr. 335, Wittler-Brotfabrik, Marxstr., 8,50; Nr. 336, Umspannwerk Humbold, Kopenhagenerstr., 25,50.

4. Bezirk: Nr. 272, Betr. Küchenmeister, Turmstraße 70, 32,35; Nr. 273, Küchenmöbelfabrik Reimann u. Dumrath, Rüdersdorferstraße, 10.

5. Bezirk: Nr. 266, Deutsche Werke Spandau, 49,70 Mk.; Nr. 270, 9,30; Nr. 265 3.

6. Bezirk: Nr. 346 à Konto 8,50 Mk.; Nr. 347 18;.

7. Bezirk: Nr. 277, Deutsche Baugesellschaft Occident, Friedrichsfelde, Triftweg, 33 Mk.; Nr. 278, Betriebswerkstätte Nord-Südbahn 9,55; Nr. 280, Siemens-Bau-Union, Gerätehof, 15; Nr. 281 2; Nr. 283 4; Nr. 287, Siemens-Bau-Union, Baustelle Rohleben, 22,70; Nr. 288, Pritzer Norden, Chausseestr., 8,05; Nr. 279 1,50.

11. Bezirk: Nr. 252 9 Mk.; Nr. 253, ges. Gen. Rabe, 53,60.

13. Bezirk: Nr. 264, Fertiggüß, Tempelhof, 20,50 Mk.; Nr. 262 3.

14. Bezirk: Nr. 254, Eisenbahn-Ausbesserungs-Werkstätte Tempelhof, M. Schmide, 30,50 Mk.; Nr. 255 6; Nr. 256 3; Nr. 257 14,25.

15. Bezirk: Nr. 309 13 Mk.; Nr. 310 12; Nr. 311 11; Nr. 312 8,50; Nr. 313 8.

17. Bezirk: Nr. 289 5,50 Mk.; Nr. 293 5.

20. Bezirk: Nr. 337 10,20 Mk.; Nr. 338 8; Nr. 339 2; Nr. 341 7,50.

21. Bezirk: Nr. 320 17,60 Mk.; Nr. 321 7,75; Nr. 322 21,50; Nr. 323 2,50; Nr. 324 8; Nr. 325 4,70; Nr. 326 4,80; Nr. 327 6,50; Nr. 328 450; Nr. 329 11,90.

Reich (Mitteldeutschland) (Extralisten).

Halle: Listen-Nr. 351 7,20 Mk.; Nr. 355 1,40; Nr. 356 7,40; Nr. 358 3,60; Nr. 360 1,55.

Chemnitz: Nr. 361 5 Mk.; Nr. 362, Betrieb Weißbach, Chemnitz, 20; Nr. 363 5.

Nürnberg: Nr. 371 42 Mk.; Nr. 372 7.

Ludwigshafen: Prvls. Liste 18 Mark.

Braunschweig: Nr. 370 12,20 Mk.; Nr. 368 2,50.

Düsseldorf: Nr. 389 4 Mk.; Nr. 390 4,50; Nr. 392 6,20; Nr. 393 3,25; Nr. 394 4,20; Nr. 395 6; Nr. 396 8; Nr. 397 7,20; Nr. 398 5,50; Nr. 399 29,20; Nr. 400 7,20.

Berlin (laufende Listen).

1. Bezirk: Listen-Nr. 242 3,50 Mk.

20. Bezirk: Nr. 80, Genosse Amberger, Max. 13 Mk.; Nr. 79 5,50.

21. Bezirk: Nr. 40 6 Mark (verspätet).

Berlin (Sammel-Marken): 3. Bezirk 20 St. 4 Mk., 4. Bezirk 27 St. 5,40; 14. Bezirk 30 St. 6 Mark.

Reich (Sammelmarken): Halle: 23 St. 4,60 Mk.; Brandenburg: 6 St. 1,20; Braunschweig: 1 und 3; Ludwigshafen: 5 Mk.

Beschluß (Extra-Einnahmen): Türsammlung 82,61 Mk.; Prol. Feier 7. Nov. 45; Gen. Lippe 1; 21. Bezirk, Ueberweisung der Bezirkskasse 20; Türsammlung 22. Januar 57,30 Mk.; Gen. Hefeld 5; Gen. von auswärts 200; Gen. Kanow 10 Mark.

Reich (Extra-Einnahmen): Köln 3,90 Mk. Kiel 6,50, Magdeburg 4,40, Halle 2,88, Wilhelmshaven 2,40, Zittau 1,08, Aschersleben 38,50 und 6,90 a. Listen. Erdle, Dortmund 3, Ortlöfer Lübaben 5, Menckke (?), Westerezeln 50 Pfennig.

Bei Einsendungen von Geldern auch unbedingt angegeben werden, wofür sie bestimmt sind.

VRUK., Verwaltungskommission.

Reichs- und Arbeits-Ausschüsse Union und Partei und Berliner Zentrale am Dienstag den 23. 2. 1926, Gipsstraße, Kombinierte Sitzung.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 26. Februar 1926, abends 7,30 Uhr, bei Schwarzkopff, Fontanestraße 26, Mitgliederversammlung. Thema: „Vom Wesen des dialektischen Denkens." — Sympathisierende sind eingeladen!

Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwenk-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenbeck, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Der demokratische Jahrmarkt und seine „Kanonen"

Wer Ramschware verhökern will, der muß möglichst laut schreien. Was die demokratische Republik den hungernden Massen zu bieten hat, ist bitter wenig, und erbärmlichster Schund. Gewiß sind die Arbeiter bis zu einem gewissen Grad an diesen Schund gewöhnt, aber hier und da sieht man schon das verächtliche Lächeln. Kein Wunder, daß sich die Anreißer wie toll gebärden, um ihren Mist an den Mann zu bringen. Ihnen kommt es natürlich lediglich auf das Geschäft an.

In Hamburg ist „Großkampftag". Wir haben leider nicht den Raum zur Verfügung, um für diesen Fax eine große Einleitung zu schreiben. Wir müssen uns damit begnügen, das festzustellen, was in dieses Brimborium eingewickelt ist. Das ist folgendes:

Diese Demokratenrepublik segelt steuer- und gedankenlos im Sturm der Krise dahin. Was soll werden, wenn nun Anfang März die Arbeitslosigkeit weiter steigt, wenn nirgends am Horizont ein Anzeichen eines warmen Regens zu entdecken ist, der diese tödliche Dürre mildert? Dann entpuppt sich diese Demokratenrepublik als eine häßliche Attrappe hinter der kein Gedanke, kein Wille, kein Programm, keine Zukunft, kein Inhalt steckt. Denn wenn sie auf die Dauer nur eines kann: Millionen so hübsch trocken-demokratisch um die Ecke zu bringen, so darf sie sich nicht wundern, wenn sich dafür letzten Endes noch nicht mal das älteste Mitglied der Gewerkschaften begeistern kann. — Man mußte angesichts dieser traurigen Sachlage wieder einmal einen großen Jahrmarkt inszenieren, um die „Ideale" zu zeigen. Man darf diese Blechdinger nur nicht näher besehen!

Es mag richtig sein, daß man — vom Standpunkt der Besitzer dieser Republik besehen — besser etwas tut, wie gar nichts. Aber dieses etwas ist mehr als mager. Die Bourgeoisie — die deutsche! — schleppt da die Fahnen von 1848 durch die Straßen. Was sollte das wohl besagen? Etwa, daß die „deutschen" Demokraten 1848 schmählich vor der Monarchie zu Kreuze krochen, diesen Plunder von Monarchie noch retten wollten, als er von selbst zusammenbrach? Man kann dagegen natürlich nichts einwenden. — Doch wahrscheinlich sollte den Teilnehmern demonstriert werden, wie revolutionär die Demokraten heute noch sind. Und wir pflichten bei, daß die Herren heute noch — daß wir uns nur nicht versprechen! — genau so „revolutionär", der Zeit entsprechend noch revolutionärer sind wie 48. Und das kommt eben daher, daß heute die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterrepublik schon tief hinein verfault sind. Ist es nicht etwa eine revolutionäre Tat, diese Ausbeuterrepublik, die nicht rückwärts, nicht vorwärts kann, die sich selbst im Wege ist, die aus allen Poren nach Korruption und Fäulnis stinkt; — ist es nicht revolutionär, diesen Leichnam zu verteidigen? — Ueber den Geschmack läßt sich wohl streiten, bloß nicht mit den deutschen Demokraten, die haben anerkanntermaßen einen ganz besonderen Geschmack.

Sie können beste noch nicht mit ihrem aristokratischen Pack fertig werden und scheuen selbst im bürgerlichen Sinne eine einschneidende Maßnahme, wie das Kind das Feuer. Um so lauter schreien sie „Gegen die Fürsten". Und sie wehren sich verzweifelt gegen eine Maßnahme, die das kapitalistische „Recht", das Recht auf Eigentum verletzen könnte. Sie haben eine Angst vor der Arbeiterklasse, die gar nicht zu beschreiben ist. — Und sind sich selbst darüber klar, daß es auf die Dauer so nicht geht. „Wir brauchen ein Programm", ruft irgend eine Excellenz in Hamburg aus. Er hat vergessen, hinzuzufügen, um die Arbeiter ferner hinter unseren Pupanz herzuschleppen. Nun, dieses Programm der deutschen Demokraten — heute, wo die kapitalistische Ordnung schon stinkt und wankt — dieses Programm, das auf dieser verfaulten kapitalistischen Grundlage basieren soll, das sollen sie nur schreiben! — Sie können ihre Feigheit spazieren tragen in Gestalt der alten Fahnen von 1848, die sie aus Angst vor dem Proletariat im Stich ließen. Sie können versuchen, dem hinrschenden deutschen Imperialismus mit ihren Mannen beizuspringen und durch ihre Heuchelei über das unterdrückte Tirol dokumentieren, daß sie fassungslos darüber sind, daß es revolutionäre Arbeiter gibt, die diesen Schwindel durchschauen. Sie können versuchen, die stinkenden und gärenden Blasen, die der kapitalistische Zusammenbruch an die Oberfläche treibt durch ihr Phrasenparfüm zu verherrlichen; der wirtschaftlichen Fäulnis eine Ideologie gegenüberzustellen, die diesem Fäulnisgeruch standhalten soll. — Der Sumpf dieser verfaulenden Ordnung wird durch seinen Gestank dieses Parfüm bald aufzehren und übrig bleibt nach wie vor der geistige und gesellschaftliche Bankeroff und eine staatsreaktionäre demokratische Republik mit ihren Anreißern, die die Arbeiter auf den Schindanger der Geschichte werfen muß, wenn sie leben wollen.

Das laute Schreien der demokratischen Anreißer ist ein sicheres Zeichen, das die Sache anfängt, ihnen auf die Nerven zu fallen. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftszeitungen entdecken mit einem Male, **daß die Arbeitslosenziffer kein Gradmesser für die Schärfe der Krise ist!** Sie eröffnen bereits eine Kampagne gegen die „Miesmacher"! Sie finden sich offen damit ab, daß die kapitalistische Produktion eine fortlaufende Rationalisierung infolge der Verengerung des Absatzmarktes vornehmen muß und die abgestoßenen lebendigen Produktionsmittel — die Arbeiter — in den sozialen Abgrund spelt. Während sie auf der einen Seite diese Rationalisierung für notwendig halten — und damit auch notwendigerweise die Folgen auf das Proletariat —, verlangen sie andererseits heuchlerisch **Erhöhung der Löhne"** und der Erwerbslosenunterstützung. Sie verlangen damit — natürlich nur zum Schein — Maßnahmen, die die Rationalisierung aufheben. Sie stehen zwischen Baum und Borke und gleichen der deutschen Bourgeoisie mit ihren 48er Fahnen wie ein Tropfen Wasser dem anderen. Arbeiter! Hört nicht auf die „Miesmacher"! Wenn ihr auch verreckt, massenweise verreckt, — das ist noch kein Beweis für die Schärfe der Krise!

In einem Orkan von gesellschaftlichen Erschütterungen, in einem Wust von Heuchelei und Lüge, in einem Heer von üblen und abgefeimten Marktschreiern steht das revolutionäre Proletariat. Doch wären die Demokraten mit ihren Helfern — das Sozialdemokraten und Gewerkschaften allein, wäre der Kampf noch leicht. Doch darf uns eben scheinbar nichts erspart bleiben. Man muß die Auswegloisigkeit in ihrer ganzen Deutlichkeit sehen, muß den geistigen und gesellschaftlichen Bankrott der Träger dieser Ordnung in seiner ganzen Größe ermessen, um zugleich zu ermessen, wie sinnlos und verbrecherisch gerade das Beginnen einer Partei ist, die sich „revolutionär" und kommunistisch nennt. Ein Zustand, der jedem den Atem raubt, eine Lage, die verzweifelt ist, eine Bourgeoisie, die stockreaktionär, zu allem fähig ist, und — diese KPD. hat nichts anderes zu tun, als dem Proletariat weiszumachen, daß es mit den Waffen dieser Bourgeoisie die Enteignung der Fürsten vornehmen könnte, und obendrein Paroien als den Kampf um diese Republik, für diese Republik, auf dem Boden der Republik. Sie watet bis über den Knien im Sumpf des Parlamentarismus dieser Republik und schreit sich heiser, um die Arbeiter in die Organisationen zu bringen, die mit dieser Republik stehen und fallen. Wie die Bourgeoisie in Hamburg die zerfetzten Fahnen von Arbeitern vor sich herbringen läßt, um Ideale vorzutäuschen, so die KPD. die rote Fahne um ihre wahre Politik zu verdecken.

Und doch haben wir die feste Zuversicht, daß der Maulwurf „Geschichte" weiter tapfer nagen wird, die zum Dauerzustand werdende Krise die noch vorhandene Ideologie zerfressen wird und den Arbeitern zum Bewußtsein bringt, daß nur der revolutionäre Kampf Ausweg und Sieg bedeutet, nur der Kommunismus Rettung bringt. Daß, wenn auch hoch der Preis sein wird, den der Kampf erfordert, doch echt die Ware ist.

Achtung! Ortsgruppen und Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Genossen, kommt sofort seiten Verpflichtungen nach. Ortsgruppen, die mehr als vier Nummern im Rückstande sind, sowie Einzelbezieher, die für den Monat Februar ihr Abonnement bis zum 1. März nicht beglichen haben, können im März nicht mehr beliefert werden. Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Macht rege Propaganda für die „KAZ.". — Sammelt für den Pressefond.

Expedition der „KAZ."

Die Bibel der Wirtschaft

Während die Kontrolle der Eisenbahn nach Reparationsgrundsätzen und zu Reparationszwecken mehr der Tätigkeit eines aktiven Aufsichtsrats entspricht, bedeutet die Ueberwachung der Reichsbank und ihrer Geschäftsgebarung eine nach den kapitalistischen Begriffen tief einschneidende und die Souveränität des nationalen Kapitals stark bedrohende Maßnahme. Die bedrohte Souveränität ist die Gefährdung des nationalen Profits und damit der Unabhängigkeit und des Monopols in der Ausbeutung des eigenen Proletariats. Das deutsche Kapital ist nicht mehr der Herr im Hause. Diese Verschlechterung gegenüber dem Versailler Vertrag, welche die Folge und die Frucht der Inflation und der Sabotage der Erfüllungspolitik ist, drückt es besonders, weil neben und teilweise im Gegensatz zu seinen Interessen die Sicherung der Reparationszahlungen getreten ist. Zwar muß das Ententekapital zwangsläufig die Entwicklung des deutschen Kapitals fördern, aber es unterbindet gleichzeitig seine imperialistischen Möglichkeiten. Das ist der wunde Punkt, weil keine kapitalistische Wirtschaft sich auf ihre Grenzen beschränken kann, zumal, wenn der Binnenmarkt nicht im entferntesten die Aufnahme der Produktion gewährleistet. Die Kontrolle der gesamten Staatswirtschaft durch diejenigen Mächte, welche es als ihre spezielle Aufgabe betrachten, jede und auch nur die kleinste Ausdehnungsmöglichkeit im Keime zu ersticken, wird aus den angegebenen Gründen besonders gewissenhaft ausgeführt. In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Politik der Staatsbank von ausschlaggebender Bedeutung. Dies trifft um so mehr für die Zeit nach einem Zusammenbruch der Wirtschaft zu, wenn alle sog. aufbauenden Kräfte in den öffentlichen Mitteln konzentriert sind. Die Reichsbank ist die Dachgesellschaft für die deutsche Wirtschaft. Sie schafft und stellt die Betriebsmittel zur Verfügung im Gegensatz zu einer organisch gewachsenen Wirtschaft, die ihre Mittel mehr in sich trägt und bei der der Staatsbank eine mehr regulierende Tätigkeit zufällt.

Das Währungsproblem, das heute die gesamte Wirtschaft beherrscht und im Vordergrund steht, ist ein Kind der kapitalistischen Krise. Nachdem in der Nachkriegszeit das Leitmotiv war, die Wirtschaft ist alles, die Währung ist nichts, ist man jetzt zu der umgekehrten Anschauung gelangt. Die Privatwirtschaft, in die sich das Kapital vor der Ueberfülle der staatlichen Verpflichtungen insbesondere der Reparationslasten zu flüchten versuchte, hat begreifen müssen, daß ihre alleinige Machtposition nicht haltbar ist. Sie muß eine Organisation des gesamten Untergrundes haben, d. h. eine Herrschaftsform, durch die eine ihern Zwecken angepaßte Ordnung mit und durch den notwendigen Unterdrückungsapparat gewährleistet wird. Der Aufbau dieser Ordnung hängt in erheblichem Maße von einem in einen festen Rahmen gebrachten Ausbeutungssystem des Proletariats ab. Die Inflation mit ihren durch den Währungsverfall bedingten dauernden Schwankungen und den damit verbundenen nie aufhörenden wirtschaftlichen Kämpfen insbesondere um die Höhe des Arbeitslohnes und der Ueberlastung des gesamten

1923 ca. 7 Proz. des Vorkriegsumlaufes und zwar 145 Millionen Goldmark betrug. Ein Jahr später, Ende September 1924, hatte sich der Umlauf auf 3749 Millionen Goldmark erhöht und eine weitere Steigerung auf 5082 Millionen Mark bis zum 31. Oktober 1925 erfahren. Gegenüber dem Gesamtumlauf von 5926 Millionen Mark im Oktober 1913 bildet der jetzige Umlauf unter Berücksichtigung einer Weltpreissteigerung von ca. 50 Proz. keine besondere Inflationsgefahr. Man muß aber bedenken, daß aus dem Nichts der deutschen Wirtschaft, abgesehen von dem ausländischen Kapital, in einem so kurzen Zeitraum fast fünf Milliarden Mark ohne jede Gegenleistung zugeflossen sind. Diese neue künstliche Kaufkraft hat selbstverständlich eine Konjunktur erzeugt und auch erzeugen müssen. Sie ist aber ebenso schnell zusammengebrochen, wie sie gekommen ist. Es war nicht erworbenes akkumuliertes Kapital, sondern Kredit einer staatlichen Stelle. Darüber hilft auch nicht die Tatsache der ziemlich hohen Deckung im Betrage von 1585 Millionen Mark hinweg. Diese bedeutet nur, daß eine gewisse Thesaurierung als Unterstützung für die in den Verkehr hineingepumpten Beträge zu Buch steht, die aber nie oder nur in geringem Maße bei einer Inflation angegriffen zu werden pflegt, weil sie die letzte Reserve, der letzte äußerliche Schein, sind. Der Notenumlauf hat sich nicht aus den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft ergeben, sondern ist einer bankrotten Wirtschaft zur Inbetriebsetzung zur Verfügung gestellt. Sie soll mit ihr angekurbelt werden. Die Reichsbankkredite betrugen am 31. Oktober 1925 insgesamt 2247 Millionen Goldmark gegenüber 1929 Millionen im Vorjahr. In paralleler Entwicklung wurden die öffentlichen Stellen auch die einzigen, welche Kredite aus den laufenden Einnahmen zur Verfügung stellen konnten. Dadurch erlangte die öffentliche Hand eine außerordentliche Vorzugsstellung. Ihre Ueberlegenheit wurde noch dadurch vergrößert, daß durch die Steuereinziehung ein großer Teil der verliehenen Gelder der Wirtschaft wieder abgenommen wurden.

Der deutsche Staatshaushalt weist im Rechnungsjahr 1924-1925 einen erheblichen Ueberschuß auf. Die tatsächlichen Einnahmen überstiegen den Voranschlag um ca. 2080 Millionen Mark. Allein die Einkommensteuer brachte 870 Millionen Mark mehr. Die zweitgrößte Erholung wies die Umsatzsteuer mit 538 Millionen Mark auf. Aus den verschiedenen Zöllen wurde ein Ueberschuß von 410 Millionen herausgeholt.

Der tatsächliche Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug 892 Millionen Mark. Dazu kam noch eine besonders geschaffene Betriebsrücklage von 282 Millionen Mark. Unter den Ausgabeposten verdient noch hervorgehoben zu werden die nette Summe von ca. 849 Millionen für Militärruhegehälter und 461,4 Millionen für Heer und Flotte. Beide Posten machen ca. ein Drittel der Gesamtausgaben der eigentlichen Verwaltung aus.

Der Ruhrfonds, der unter der Rubrik „Ausführung des Versailler Vertrages" läuft und im wesentlichen zur Entschädigung der Industrieunternehmen dient, ist mit der Kleinigkeit von 623 Millionen dotiert. Die Kosten der Besatzungstruppen belaufen sich auf 226 Millionen Mark. Es soll nicht vergessen werden zu erwähnen, daß von dem Ueberschuß noch 400 Mill. nachträglich verteilt worden sind.

Durch den „Aufbau" der deutschen Wirtschaft ist auch die Reichsschuld enorm gewachsen. Sie hat am 30. September einschließlich der Auslandsanleihe von 800 Millionen die stattliche Höhe von 2552 Millionen Mark erreicht. Dazu kommt noch die durch die Aufwertungsgesetzgebung geschaffene neue Verschuldung. Sie bringt nach den bisherigen Berechnungen allein eine Belastung von 349 Millionen Mark für das erste Jahr mit sich, die sich für die weiteren Jahre um 150 Millionen ermäßigt.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft insbesondere der Ein- und Ausfuhr soll in einem Schlußartikel noch besonders behandelt werden. Dadurch wird erst das Bild in der Betrachtung der Lage des deutschen Kapitals vervollständigt. Hier treten die Passivposten erst in Erscheinung und läßt sich der künstliche Charakter der gesamten Aufbauaktion erkennen. Das technische Problem der Stabilisierung der Währung und des Ausgleichs des Staatshaushalts ist auf dem Papier gelöst, ja sogar ein erheblicher Ueberschuß zu den Einnahmen erzielt, aber um einen wahnsinnigen Preis. Der Aufbau wird vom Kapital mit dem ungeheuerlichsten und kaum zu überbietenden Elend der Arbeiterklasse bezahlt. Dem Aufbau folgt ein Zusammenbruch mit einem neuen „Aufbau". Es wird solange aufgebaut, bis das Proletariat den Sinn des Aufbaues begreift. Die Auflösung wird die neue Revolution sein.

Politische Rundschau

Die Kapitalskrise und die Bauern

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Millionen aus der Produktion ausgeschlossene Lohnsklaven zeugen dafür, daß die herrschende Klasse unfähig ist, ihre Lohnsklaven zu ernähren. Das in bezug auf Menschenüberschuß sehr produktive Bauerntum leidet an einer Uebervölkerung, das wie ein schwerer Alp auf seinen Nacken drückt.

Als vor 30—40 Jahren der Kapitalismus große Produktionsstätten aus dem Boden stampfte, Großstädte aus dem Boden wuchsen, da konnte der Menschenüberschuß des Bauerntums leicht in den Produktionsprozeß der werdenden Großindustrie eingereiht werden, ist doch die städtische Bevölkerung zum übergroßen Teil bäuerlicher Herkunft. Anders ist es heute geworden. Durch die Industrialisierung der früheren Absatzmärkte des europäischen Kapitals ist aus einem Abnehmer ein Konkurrent geworden, der lebensfähiger ist als der alte traditionelle Kapitalismus Europas. Aus diesem Grunde hat der europäische Kapitalismus keine Expansionsmöglichkeiten mehr, er wird zum Hemmschuh der Entwicklung, er muß abbauen, muß die unwirtschaftlichen Betriebe stillegen und erzeugt dadurch immer mehr Arbeitslosigkeit. Die Lebensmöglichkeiten für die proletarische Klasse werden im zusammenbrechenden Kapitalismus immer mehr beschränkt. Das Bauerntum sucht ebenfalls einen Ausweg aus der Krise, um seine überflüssigen Fresser los zu werden. Der bekannte bayrische Bauernführer Gandorfer hielt kürzlich eine Rede, die für diesen Zustand sehr symptomatisch ist und in der er **für die Aufteilung des Großgrundbesitzes eintrat**, um dadurch dem bäuerlichem Bevölkerungsüberschuß Existenzmöglichkeiten zu geben. Die bürgerliche Presse ist ziemlich erschrocken darüber. Sie meldet:

„In der Presse war jüngst eine Rede mitgeteilt worden, die der Bauernführer Gandorfer in einer Versammlung in der Freisinger Gegend gehalten hatte. In dieser Versammlung soll er sich für eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und Enteignung des Grund und Bodens der Neureichen ausgesprochen haben. Zu dieser Sache wird der Bayer. Bauern- und Mittelstandskorrespondenz eine Erklärung Gandorfers übermittelt, in der es u. a. heißt, daß er (Gandorfer) im Zusammenhang mit der Notlage der Landwirtschaft gesagt habe, daß zur Gesundung des Staates eine große starke Bauernschaft vorhanden sein müsse und daß er persönlich heute noch auf dem Standpunkt stehe, der bereits früher vertreten wurde und zwar Aufteilung des Großgrundbesitzes bis zu 1000 Tagwerk gegen Entschädigung. Diese Forderung sei damals gestellt worden zu dem Zwecke **aus dem zur Aufteilung gelangenden Grund und Boden mittlere und kleinere Anwesen zu schaffen um diese dann den Bauernsöhnen und -töchtern, den bäuerlichen Dienstboten und den Kriegsinvaliden geben zu können**, um ihnen eine Existenz schaffen zu können. Er, Gandorfer, sei in dieser Versammlung auch auf die neureichen Gutsbesitzer zu sprechen gekommen, wobei er bemerkt habe, daß diesen Grund und Boden gegen Entschädigung abgenommen werden solle zu den vorerwähnten Zwecken. Er habe festgestellt, daß der Ankauf der Bauernwesen durch die Neureichen die gesamte Bauernschaft genau so schädige, wie dies früher geschehen sei, durch den Adel, und daß schon damals ein Gesetz gegen die Bauernlegerei gefordert wurde."

Daß dieser Weg keine Lösung dieser Frage bringen wird, darüber ist sich das revolutionäre Proletariat klar, es hieße das Rad der Geschichte zurückdrehen, wolle man die modernen landwirtschaftlichen Großbetriebe in kleine Bauerhöfe zerteilen: leider wird diese reaktionäre Bestrebung von der KPD. unterstützt. Es gibt eben nur eine Lösung: Proletarische Revolution! Nur ein kommunistisches Gemeinwesen wird die Gebäude **Arbeit und Existenz**.

Dem Herrn Gandorfer mit der KPD.-Parole ist es natürlich sehr gut bekannt, daß der landwirtschaftliche Großbetrieb auf der gleichen Fläche weit mehr Produkte baut als der bäuerliche Kleinbetrieb. Die Parole ist deshalb nicht einmal national, geschweige denn fortschrittlich. Sie ist deshalb falsch, hohle Phrase, ein Anknüpfen an die Dummheit der Bauern. (Red.))

Aus dem Korruptionssumpf

So könnte das Thema heißen, womit sich ein Untersuchungsausschuß am 16. 2. im Landtag beschäftigte.

Für die Arbeiter ist es kein Geheimnis, daß die Gegenrevolution von der besitzenden Klasse bezahlt und erhalten wird. Hier sollten sich nun zwei deutschnationale Abgeordnete Mayer und Behrens von den verdächtigen Beziehungen zu den Mememördern, im Falle des Oberleutnants Schulz, reinwaschen. Zeugen waren der Ministerialrat Schöner, Oberjustizrat Dr. Wirz und der Leiter der politischen Polizei, Regierungsassessor Dr. Schmidt. Man kann sich leicht denken, wie alles versucht wurde zu verschleiern und zu entlasten. Trotzdem mußte der letzte Zeuge doch zugeben, wer die eigentlichen Geldgeber sind. Er gab eine Darstellung der Aufbringung der Gelder zur Befreiung für Schulz. Im Sommer 1925 fand in einem Berliner Weinlokal eine Sitzung von Vertretern der Unternehmerverbände und sogenannter deutschnationaler Arbeitervertreter statt. Zweck der Zusammenkunft soll eine Aussprache über die Technische Nothilfe und die Möglichkeit der Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft gewesen sein. Bei dieser Gelegenheit sollen die Abgeordneten Meyer und Behrens versucht haben, das Darlehen zugunsten von Schulz zu erhalten. Schulz unterhielt die Verbindung zwischen dem christlichen Zentralverband der Landarbeiter und der Schwarzen Reichswehr.

Am nächsten Tage wurde dann die Existenz des Kontos des deutschnationalen Abgeordneten Meyer bestätigt.

Auch Herr v. Borsig wurde beschuldigt, zinslose Darlehen für dunkle politische Zwecke gegeben zu haben. Welches Herr v. Borsig glatt bestritt.

Die wichtigste Aussage Lemmers war die, daß der Vorstand des christlichen Landarbeiter-Verbandes über die Verwendung der Darlehen zugunsten der Befreiung des Schulz genau informiert war.

Darauf wurde der deutschnationale Abgeordnete Behrens, der „Ehrenvorsitzende" des christlichen Landarbeiter-Verbandes vernommen, der den Empfang der 5000 Mark von seiten des Unternehmerverbandes quittiert hat. Dieser Biedermann wollte dem Ausschuß glauben machen, er habe das Geld für „Kartoffelgeschäfte" verwendet. Im übrigen bewies er unstreitig, wie harmlos alles in der famosen Leitung des Christlichen Landarbeiter-Verbandes zugegangen sei. **Zusammenkünfte mit den Unternehmern unter vier Augen seien ja auch bei den Freien Gewerkschaften selbstverständlich.** Auf die Frage, warum er den in keiner Weise dazu vorgebildeten Oberleutnant Schulz gerade für die Genossenschaftsarbeit des Zentralverbandes der Landarbeiter angestellt habe, erklärte er, Schulz sei von allen Stellen „aufs wärmste empfohlen" worden. Von Schulz' Tätigkeit in der Schwarzen Reichswehr hat Behrens selbstverständlich nichts gewußt. Behrens erwähnt weiter als eine der vielen Unternehmungen des christlichen Landarbeiter-Verbandes eine „Bekleidungsstelle", die die Landarbeiter angeblich mit Winterkleidung versorgt.

Der wenigen (aber von solchen Zeugen für den Arbeiter um so wertvolleren) Aussichten, das Gedeihen zum Bürgerkrieg-Militarismus zu nicht gar zu Schaum stellen. Jeder Arbeiter sieht hier, daß dieses „Reichsbanner" die Schutzgarde der aufs Maul geschlagenen, zähneknirschenden deutschen Imperialismus ist.

Die Fememordsache

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, beschäftigt sich augenblicklich die Berliner und Breslauer Polizei mit dem Fall des Leutnants Hentschel, der im Juli 1921 in Oberschlesien auf einem Gut bei Jakobsdorf erschossen wurde. Hentschel war zu dieser Zeit Zugführer in der Kompagnie eines Herrn von Mauritz in einem der oberschlesischen Freikorps. Hentschel hatte nahe Beziehungen zu Leutnant Fischer, der im Verdacht stand, kommunistischer Spitzel zu sein und eines Tages spurlos verschwand. Wahrscheinlich infolge dieses Verkehrs erhielt Hentschel den Befehl, Oberschlesien zu verlassen und begab sich nach Breslau. Während seines Breslauer Aufenthaltes soll er mit dem dortigen Zigarrenhändler Hermann eine längere Unterredung gehabt haben. Wenige Wochen später wurde dieser Hermann durch einen gewissen Dr. Gebauer verglitet. Gebauer selbst wurde in einer Verhandlung wegen dieses Verbrechens zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hentschel kehrte dann nach Oberschlesien zurück, wo er in sein altes Freikorps, dessen Führung inzwischen gewechselt hatte, wieder aufgenommen wurde. Nach Aussagen des Feldwebels Wagner sollen damals Hauptmann von Mauritz und ein Oberleutnant Linck bei einer Unterhaltung über Hentschel geäußert haben: „Dieser Hentschel kann uns gefährlich werden." Am folgenden Tage wurde Hentschel von Linck zu einem Patrouillengang aufgefordert, von dem er nicht zurückkehrte. Linck war erst wenige Schritte mit Hentschel in das Kornfeld hineingegangen, das hinter dem Gut lag, als einige Schüsse fielen. Linck kehrte allein zurück, wo er in sein altes Freikorps, dessen Führung inzwischen gewechselt hatte, wieder aufgenommen wurde. Nach Aussagen des Feldwebels Wagner sollen damals Hauptmann von Mauritz und ein Oberleutnant Linck bei einer Unterhaltung über Hentschel geäußert haben: „Dieser Hentschel kann uns gefährlich werden." Am folgenden Tage wurde Hentschel von Linck zu einem Patrouillengang aufgefordert, von dem er nicht zurückkehrte. Linck war erst wenige Schritte mit Hentschel in das Kornfeld hineingegangen, das hinter dem Gut lag, als einige Schüsse fielen. Linck kehrte allein zurück, wo er in sein altes Freikorps eingereiht wurde. Wenige Wochen später wurde dieser Hermann durch einen gewissen Dr. Gebauer verglitet. Gebauer selbst wurde in einer Verhandlung wegen dieses Verbrechens zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hentschel kehrte dann nach Oberschlesien

Groß-Berlin! Freitag, den 26. Februar 1926: Bezirks-Mitgliederversammlungen!

betrübende Tatsache auf die einzelnen Fürstengeschlechter wälzen; vielmehr muß die bürgerliche Geschichtsschreibung, wenn sie gerecht sein will, rückhaltlos anerkennen daß es nicht anders gewesen wäre, wenn auf den Thronen der deutschen Teilfürsten etwa die Häupter der Familien Müller und Schulze gesessen hätten. Es waren die ökonomischen Lebensbedingungen der deutschen Fürstenklasse, die aus ihr in jenen Jahrhunderten ein so groteskes Zerrbild machten. Fehlte ihr die Grundlage, welche die fürstliche Macht in ökonomisch entwickelten Ländern besaß, an ihr Volk und nicht zuletzt auch, was namentlich von den protestantischen Fürsten gilt, an ihrem Glauben. Da die Fürsten von dem Gewerbe der Untertanen nicht leben konnten, lebten sie von ihrem Blute aus dem Handel mit Menschen gewannen sie, was ihnen Handel mit Produkten nicht abwerfen konnte. Der Ausfuhrhandel war nach und nach fast auf einen einzigen, bedeutenden Artikel herabgesunken . . . Die deutschen Fürsten brauchten noch andere Zahlungsmittel und fanden sie in den Subsidien, für welche sie ihre landesherrlichen Rechte, vor allem die Verfügung über Fleisch und Blut ihrer Untertanen, an die Interessen des Auslandes verkauften. Gültich berechnet das allein von 1750 bis 1815 von Frankreich 33 und von England 311 Millionen Taler an die deutschen Fürsten gezahlt wurden, eine Summen, die es überhaupt erst verständlich machen, wie so viel Teilfürsten eines so verarmten Landes, wie Deutschland war, mit der prunkhaften Verschwendung der französischen Könige wetteifern konnten. Eine Fürstenklasse, deren ökonomische Grundlagen der fortlaufende Verrat an ihren edeelen Fürstenpflichten war, mußte natürlich die Brutstätte aller menschlichen Laster werden. Schon im fünfzehnten Jahrhundert war das Sündenregister der deutschen Fürsten unerschöpflich. Und die deutschen Fürsten des sechszehnten Jahrhunderts mußte selbst Treitschke eine „Verkommene Generation" nennen. Bei der Kaiserwahl von 1519 verkauften sämtliche Kurfürsten ihre Stimme, mit einer einzigen Ausnahme, Friedrich von Sachsen, der durch den Segen seiner Bergwerke eine, seit der Entdeckung der Neuen Welt freilich schon prekär gewordene, ökonomische Unabhängigkeit genoß; besonderen Skandal erregten der Kurfürst von Brandenburg und sein Bruder, der Kurfürst von Mainz, durch die fröhliche Unbefangenheit, womit sie Aufstriche je nach steigenden Geboten ihre Stimmen bald an den französischen, bald an den spanischen Bewerber um die deutsche Kaiserkrone loeschlugen."

So sehen die Mittel und Methoden aus, mit denen die Fürsten ihr „Eigentum" erworben haben. Mit einer nur der herrschenden Klasse eigenen Frechheit stellen sie ihre „Forderungen".

Die Arbeiterklasse muß sich gegen diese unverschämten Forderungen wehren. Aber nicht nur gegen sie allein auflehnen, sondern auch gegen ihre übrigen Ausbeuter, die Industriefürsten, Großkapitalisten und Agrarier. Denn alle sauerbeute junxe wie erwachsene Arbeiter, rücksichtslos aus. Massenarbeitslosigkeit, Hungerlohn, lange Arbeitszeit und unmenschliche Behandlung sind der Ausdruck dessen. Keine noch so gut geführten „Lohnkämpfe", kein Verhandeln, keine Tarifverträge und kein „Recht" können heute die Arbeiterklasse gegen die unverschämte Ausbeutung und immes weiteres Hinabsinken ins Elend retten. Darum muß heute der Kampf aller jungen und erwachsenen Arbeiter gegen das ganze System, gegen alle Kapitalisten gehen. Die Parole des revolutionären Jungproletariats muß sein: **für die Enteignung aller Kapitalisten und Fürsten durch die Arbeiterschaft mittel des revolutionären Klassenkampfes.** Denn nur allein dadurch kann die Enteignung durchgeführt werden. Niemals durch einen sogenannten „Volksentscheid". Der Volksentscheid ist ein Mittel der Demokratie. Die Demokratie in der heutigen kapitalistischen Republik ist nur das Herrschaftsmittel der Bourgeoisie zur rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Enteignung der Bourgeoisie, und auch der eines Teiles der Fürsten, vermittels der Demokratie ist nur eine Illusion. Die Tatsache des Jahres 1923, die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen und ihr traurige Ende beweisen das.

Deswegen sind wir gegen den Volksentscheid. Weil er die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf ablenkt und ihnen den Kopf mit demokratischen Illusionen vollpfropft.

Die KPD. kneift vor der Wahrheit

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Immer noch spukt im Bezirk Leipzig die „Rußlandleuchte" Hillekes! Unermüdlich plaudert er die Erlebnisse seiner Vergnügungsreise nach Rußland vor einem nur allzu gläubigen Publikum heraus. Und immer wieder trifft uns, die Vertreter der KAP. und AAU. das gleiche Schicksal: die KPD.-Leitung und Hillekes gemeinsam, beide zitternd und ganz nervös aus Furcht vor der Entlarvung, unterstanden uns jedesmal die Beteiligung an der Diskussion und verfügen diese schon von vornherein ab! Ja, jetzt greifen sie zu noch „feineren" Methoden: Kaum war (in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig) das Referat Hillekes zu Ende, so verkündete die KPD.-Leitung also schon, daß jede politische Debatte verboten sei! Da wir jetzt das Wort zur Geschäftsordnung forderten, gab die Leitung bekannt, daß KAP.-Leute auch hierzu das Wort nicht erhalten und, wenn es uns einfallen sollte, uns weiter zu melden, wolle er vom Hausrecht Gebrauch machen. Selbstverständlich mußten wir uns gegen diese sozialdemokratische Manier wehren. Nun aber zeigte sich der KPD.-Bonze in seinem wahren Lichte. Er hetzte die Frontkämpfer und seine Parteifreunde auf, uns nicht im Saale zu dulden — und so mußten wir weichen. Leider fanden nicht einmal die KPD.-Leute, die uns vorher erst eingeladen hatten, den Mut, uns nun zu schützen, nur einige mit uns Sympathisierende zeigten ihren Widerwillen gegen diese Auchkommunisten.

Jetzt können sie's noch, diese „Revolutionäre", denn wir sind erst wenige, und der Rußlandschwindel ist noch nicht zusammengebrochen. Aber nur weiter auf diesem Wege! Die Arbeiter merken doch, warum die KPD. zu den gemeinsten Mitteln greifen muß.

Der Wahrheit gehört der Sieg!

Ausland

Ueber die Organisationsverhältnisse in Amerika

Einem Brief aus Amerika entnehmen wir über die dortigen Organisationsverhältnisse folgende Angaben:

Zur Zeit ist der größte Teil der Handarbeiter in irgend einer Form organisiert. Die meisten organisierten Arbeiter sind Mitglieder einer Gewerkschaft, welche entweder der „Federation of Labour" oder IWW. angeschlossen ist. Neunzehnwerte Ausnahmen sind nur die Vereinigten Bekleidungsarbeiter. Ein großer Industrieverband, welcher sich aus dem radikalsten Teil der Textilarbeiter zusammensetzt; dann die 4 großen Eisenbahnbrüderschaften, welche nur ein Teil der organisierten Eisenbahnarbeiter bildet. Außerdem noch ein paar andere Gruppen von geringerer Bedeutung.

Vergangenes Jahr hatte die „AF of L" eine Mitgliedschaft von 2 865 979, das waren 600 000 weniger als das Jahr vordem, im Laufe des Jahres ist aber die Mitgliedschaft im großen und ganzen konstant geblieben. Die „AF of L" setzt sich aus folgenden Gruppen zusammen: 4 Departements, 107 nationale und internationale Unions, 49 Staatenvereinigungen, 855 Hauptorganisationen in den Städten, 764 Orts- und Departm.-Räte, 32 157 örtl. Unions, 459 lokale Zunft- und vereinigte Arbeiter-Unions.

Die ersten und die letzte Gruppe sind Teile der „AF of L" und die anderen zwei sind wiederum der nationalen und internationalen und der Departm. angeschlossen. Die nationalen Unions sind solche, die sich über die Staaten erstrecken. Die internationalen Unionen schließen auch Kanada mit ein. Oertliche Unionen sind Zunftvereinigungen ohne nationale oder internationale Verbindung. Vereinigte Arbeiter-Unionen sind gemischte Gewerkschaften in Orten, wo es keine nationalen oder internationalen gibt. Staatenvereinigungen und die Hauptorganisationen in den Städten enthalten theoretisch alle Unions in dem Staat oder Stadt. In Wirklichkeit schließen viele Gewerkschaften, Arbeitervereinigungen und lokale Unions sich nicht zusammen. Die Departements sind Vereinigungen von nationalen oder internationalen Unionen einer ganzen Industrie, wie die Bauindustrie und die Eisenbahnarbeiter mit Ausnahme der 4 Eisenbahnbrüderschaften. Oertliche Departements-Räte sind lokale oder Distriktsunterabteilungen dieser Industrie-Verbände. Die wichtigsten Industrieverbände sind: Bauindustrie 838 110 Mitglieder, Metallindustrie 417 600 Mitglieder, Eisenbahnarbeiter 461 500 Mitglieder, ferner die Buchdrucker, Nadelindustrie, Gemeinde- und Staatsarbeiter (über deren Mitgliederzahlen Angaben fehlen).

Die „AF of L" durch ihre Departements und zahllosen lokalen und nationalen Unionen hat beinahe in jeder Industrie ihre Mitglieder und in vielen Fällen z. B. bei den Bergarbeitern sind alle restlos bei ihr organisiert. Bei ihr sind Arbeiter, die für die republikanische Partei stimmen und auch Kommunisten. Die „AF of L" als Organisation übt wenig direkten Einfluß über die angeschlossenen Organisationen aus. In der Hauptsache überläßt sie die Fragen der Politik, Verwaltung und Finanzierung den engeren Abteilungen. Ihre Funktion ist mehr die Ziele und die Macht dieses großen Körpers klassenbewußter Arbeiter (was man in Amerika klassenbewußt nennen kann. Die Red.) zusammenzufassen; bei Streiks oder anderen Anlässen Hilfe zu geben und die Arbeiterschutzgesetzgebung zu beeinflussen. Von dieser Gruppe war Samuel Gompers Präsident.

Der andere wichtige Teil ist die „IWW." Sie wurde im Jahre 1905 organisiert und besteht hauptsächlich aus Wanderarbeitern, welche Aufbauarbeiten vollführen, welche den Weizen im Sommer im zentralen Westen dreschen und im Winter in den großen Wäldern der Pazifikküste arbeiten. Sie fangen an in den Bergbau und in die Metallindustrie einzudringen.

Ihre Mitgliedschaft wechselt beständig, sie halten sich nie lange an einem Ort auf. Sie sind radikale Gruppen und glauben an eine gewaltsame Umwälzung, um die bestehende Ordnung zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Sie stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie behaupten, daß sie gegen politische Aktionen nicht opponieren — aber sie begünstigen sie nicht. Durch die allgemeine Aufmerksamkeit welche ihnen die Bevölkerung in allgemeinen und die konservativen Arbeiter widmen sind sie ein furchtbarer Faktor der heutigen amerikanischen Arbeiterbewegung und gerade wegen ihres vagabondierenden draufgängerischen Charakters, welchen sie oft zeigen, bilden sie einen sehr wünschenswerten Teil vom Standpunkt des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter. Die Mitgliederzahl der „IWW." bilden einen nur kleinen Teil dieser Wanderarbeiter. Während der letzten Jahre hat sich die Mitgliedschaft im großen Maßstabe vermehrt und wieder vermindert. Augenblicklich ist sie nur ein Bruchteil von dem, was sie in den letzten Jahren schon gewesen ist: 1917 99 000, 1920 40 000, 1924 37 600.

Die Mitgliedschaft ist in zahlreiche Gruppen verteilt. Die wichtigste davon sind die Holzarbeiter, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter. In den USA. ist die Religion und das politische Glaubensbekenntnis der Arbeiter ganz unabhängig von der Gewerkschaft; welcher sie sich angeschlossen haben. Natürlich mit Ausnahme, wenn ein besonderer politischer Kandidat von der Gruppe begünstigt wird. Die Religion spielt weder im Klassenkampf noch in der Arbeiterbewegung irgend eine Rolle. Viele organisierte Arbeiter sind Katholiken, noch mehr sind Juden. Aber ihre Religion hat nichts mit ihrer Mitgliedschaft in ihrer Gewerkschaft zu tun. Häufig ist die Mehrzahl einer Gewerkschaft eines ganzen Berufes oder Industrie nur von einer Religion. Das ist aber nur Zufall und es ist zweifelhaft ob die religiöse Verbindung der Mitglieder einer Gewerkschaft auf die Politik des Verbandes Einfluß hat. Ein typisches Beispiel dafür ist der Beruf der Nadelarbeiter, welcher fast nur aus Juden besteht.

Die politische Situation in den USA., besonders soweit sie die Arbeiter betrifft, ist sehr verworren, und es ist unmöglich die Mitgliederzahl, den Einfluß des Programms all dieser sogenannten „dritten Parteien" anzugeben. Trotzdem will ich kurz versuchen den gegenwärtigen Stand der wichtigen Parteien, und ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung aufzuzeigen.

Die zwei größten und ältesten Parteien haben ein besonderes Programm (die demokr. u. repbl.) und auch keine ausgesprochen verschiedenen Standpunkte. Sie sind in der Hand von geldgierigen Politikern und Kapitalisten. Sie werden durch einen großen Teil der Arbeiter unterstützt, der Kirche, Geschäftsleuten, Farmern und anderen. Sie sind außerordentlich konservativ und sind taub gegen die Forderungen der Arbeiter und sie können sich das leisten.

Die reguläre sozialdemokratische Partei hat in den letzten Jahren sehr viel an Bedeutung verloren, wenn sie auch gelegentlich bei örtlichen oder städtischen Wahlen gewinnt, ist sie als ganzes ohne praktischen Einfluß. Während ihre Mitgliedschaft 1912 118 000 war, ist sie im Jahre 1924 auf 18 000 gefallen. Es existiert auch eine Liga von Jungsozialisten, in welcher Studenten, Arbeiter u. a., welche an der Marx-Lehre interessiert, zum Diskutieren zusammen kommen. Aber darüber hinaus tuen sie wenig. Wir haben außerdem einen Zweig der jüd. soziald. Partei, welche mit amerikanischen und internationalen Parteien und Arbeiterbewegungen koalliert ist. Aber ihr Stützpunkt ist hauptsächlich Palästina (1924: 3000).

Die Farmarbeiter-Partei wurde vor einigen Jahren auf radikalen Prinzipien organisiert. Ihr Hauptziel war die Landarbeiter und auch Industriearbeiter zusammenzufassen.

Die sozialistische Arbeiterpartei ist ziemlich alt. Sie wurde im letzten Teil des vergangenen Jahrhunderts organisiert. Ihre Mitgliederzahl und ihr Einfluß waren früher weit größer als in den letzten Jahren, aber in den letzten wenigen Jahren hat ihre Zahl etwas zugenommen. 1898 belief sie sich auf 82 000 — während sie es 1924 auf 33 900 Mitglieder brachte. In den USA. gibt es keine kommunistische Partei. Diejenigen, die auf dem Boden kommunistischer Prinzipen stehen haben die Arbeiterpartei gebildet. Sie besteht aus dem radikalen Teil der Arbeiterschaft, intellektuellen und ein paar Farmen aus dem Nordwesten. Sie wurde kürzlich durch die Stimme der Farmerpartei verstärkt. Bei der letzten Präsidentenwahl unterstützte sie den Kandidaten der fortschrittlichen Partei, wo Farmarbeiterkandidaten nicht gewählt werden konnten. 1924 brachten sie es zusammen auf 38 000 Stimmen. Mit dieser Partei ist die Jungarbeiterliga verbunden, eine Organisation von 3—4000 Mann.

Alle diese obengenannten Gruppen sind im nationalen Rahmen von wenig Bedeutung. Es sind die sogenannten Fortschrittler-Kandidaten ernannt durch die kürzlich organisierte Konferenz für fortschrittliche politische Aktionen, welche die sozenannte dritte Partei bilden und welche überhaupt eine nennbare Opposition gegen die alten Traditionsparteien bilden. Ihr Zweck ist: „dabei zu helfen, um nur solche Kandidaten zu ernennen und in die Aemter zu wählen, welche sich verpflichtet haben im Interesse der schaffenden Stände zu wirken, im Sinne der Prinzipien praktischer Demokratie in Landwirtschaft, Industrie und Regierung."

Alle Arbeiterorganisationen, fortschrittliche Organisation der Farmer, Genossenschaften, liberale politische Parteien und Gruppen und andere Organisationen und Personen, welche mit diesen Zwecken sympathisieren, sind zur Mitgliedschaft berechtigt. In Wirklichkeit wird sie von zahlreichen Arbeiterorganisationen u. a. Arbeitergruppen unterstützt. Besonders die Eisenbahnerorganisationen und die sozialistische Partei, welche kurz vor der letzten Präsidentenwahl zu ihr stieß. Sie wird unterstützt durch eine große Anzahl von einzelnen Farmern, Geschäftsleuten, freien Berufen mit liberalen Neigungen. Die „AF of L", beherrscht von ihren konservativen Elementen, ist nicht angeschlossen. Die Partei erstrebt keine neue soziale Ordnung oder Gewalt in irgend einer Form. Ihr Ziel ist, die ungerechten Zustände mit legalen Mitteln zu beheben. Sie tritt dafür ein, daß für gewisse Ergänzungen zur Verfassung ein. Vor allen Dingen ist sie nicht revolutionär. Sie wird unterstützt von so sehr verschiedenen Gruppen und sozialen Schichten, daß man ihr für die Zukunft Wachstum und Gedeihen prophezeien kann. Ihr Kandidat für die letzte Präsidentenwahl war der so sehr gepriesene verstorbene Robert La Follette. Es wurden bei dieser Wahl folgende Stimmen abgegeben: Republikaner 15 718 798, Demokraten 8 378 962, Progressive 4 822 318, Sozial. Arb.-Partei 33 910, Arbeiter-Partei (Komm.) 33 676.

Die Arbeiterverbände erfreuen sich in der USA. eines beständigen Wachstums, so daß zur Zeit ein großer Teil der Industriearbeiter organisiert ist. Die Bauernwirtschaft zeigt eine verwickelte Lage, welche im Augenblick noch nicht spruchreif ist. Die Landarbeiter sind mit Ausnahmen der wenigen IWW. und vielleicht der in der sogenannten One Big Union praktisch unorganisiert. Die Farmer fangen an, Verkaufs- und Kaufgenossenschaften zu gründen, welche Hand in Hand mit einer mehr wissenschaftlich-landwirtschaftlichen Bebauungsweise versuchen ihr Niveau auf die Höhe der Industrie zu bringen. Im Großen und Ganzen scheint der Zug in der Industrie mehr zu Industrieverbänden als zu Fachgewerkschaften zu gehen.

An einigen Orten und in bestimmten Berufen werden nur organisierte Arbeiter beschäftigt, anderswo herrschen noch die „offenen Werkstätten", d. h. der tariflose Zustand. In einigen Sektionen haben die Verbände geringen oder gar keinen Einfluß. In letzter Zeit ist die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gewerkschaften und Unions jedoch außer der Arbeiterschaft auch von der Regierung und den Kapitalisten erkannt worden. Zur Zeit wird viel in Arbeiterschutzgesetzgebung, Unfallrenten, Krankenunterstützung und dergl. gemacht. Viele Unternehmerverbände sowohl als auch kleine selbständige Besitzer haben angefangen, mit den Verbänden direkt zu verhandeln und Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen festzusetzen. In vielen Fällen wird der Beitrag für die Verbände direkt vom Lohn abgezogen. Die so erhobenen Beiträge werden von den Unternehmern überwiesen. (Eines der strittigen Punkte des augenblicklichen Kohlenstreiks ist, daß die Unternehmer nicht von diesem „Lohnabzug" mehr wissen wollen, während die Verbände nur zu sehr an deren Fortführung interessiert sind.) In vielen Industrien sind besonders infolge des Krieges und infolge der Nachkriegskonjunkturen die Verbände zu einer gewissen Macht gelangt. Dies war besonders in der Bauindustrie der Fall, wo die Arbeiter bemerkenswerte Lohnerhöhungen durchsetzten. Trotz dieses etwas rosigen Bildes ist vieles zur Zeit noch trostlos. Die Arbeiterschaft muß jeden kleinen Schritt vorwärts schwer erkämpfen. Im fernen Westen ist die einfache Mitgliedschaft in der „IWW." Grund zur Gefangensetzung und jedes Mittel, ob „gerecht" oder „ungerecht" wird angewandt, um durch Gesetz und Justiz die „Roten" zu hängen. Die Arbeiterschaft fängt an Schulen zu errichten, um begabte Arbeiterführer in Oekonomie, Geschichte, Schreiben, öffentlichen Reden auszubilden. Die Studenten fangen an sich für Arbeiterbewegung zu interessieren, arbeiten in der Industrie und versuchen mit der organisierten Arbeiterschaft zusammen zu wirken.

Das Negerproblem ist kaum von Wichtigkeit. Die „Crises" widersetzt sich nur kühn der unmenschmäßigen Behandlung und fordert „fair chances", gleiche Rechte. Sie sagen, wenn die Weißen in ihren Verbänden keine besonderen Bestimmungen treffen, keine Unterschiede gegen die Neger machen, so wird durch ein Grund zur Beunruhigung vorhanden sein. Die auch kein Grund zur Beunruhigung vorhanden sein. Ihr farbige Bevölkerung nur ein Wunsch hat, gute Bürger zu sein, d. h. nicht belästigt zu werden. Das Rassenproblem wird in dem Augenblick aufhören von Wichtigkeit zu sein, wo man aufhört, sich einzubilden, daß dort ein Problem vorhanden ist. Im Jahre 1919 hat die Exekutive der „AF of L" die Versuche der Negerarbeiter unterstützt, die Schranke niederzubrechen, welche ihrer Aufnahme in die nationalen und internationalen Unions entgegenstanden.

Mitteilungen

AAU. Ortsgruppe Forst (Lausitz).

Mittwoch, den 3. März 1926: Oeffentliche Mitglieder-Versammlung im Lokal „Eden", punkt 7 Uhr. — Thema: Erziehung und Klassenkampf. — Leser des „Kampfruf" und der „KAZ.", sowie Sympathisierende sind eingeladen.

Groß-Berlin

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Freitag, den 26. Februar 1926, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Jakob, Galvanistraße 7. Wichtige Tagesordnung!

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 26. Februar fällt die Mitglieder-Versammlung aus. Die Genossen nehmen vollzählig an der **Oeffentlichen Versammlung in Bohnsdorf**, Lokal zum Adler, „Vier Jahreszeiten" teil. Beginn der Versammlung um 7 Uhr. — Nächste Bezirksmitglieder-Versammlung am Sonntag, den 28. Februar, vormittags ½10 Uhr in Köpenick, Rudowerstraße 21. — Die Genossen sind verpflichtet, vollzählig zu erscheinen, da sehr wichtige Tagesordnung.

17. Unterbezirk. Mitgliederversammlung Freitag, den 26. Februar 1926.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Gruppe Charlottenburg: Jeden Mittwoch im Lokal von Jacob, Galvanistr. 7, abends 7.30 Uhr.

Gruppe Norden: Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal Kluge, Danziger Str. 71.

Gruppe Osten: Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr, im Jugendheim, Lichtenberg, Dossestr. 22.

Die Abende sind öffentlich. Sympathisierende sind willkommen.

Der Arbeiten-Ausschuß.

Verantwortlich für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwarz, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Willy Sachsen, Berlin O 17, Lengnerstr. 8.

7. Jahrg. Nr. 17

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Fürstenlakaien als Führer der KPD.!

„Ein unerhörter Fall"

„Wie Ihr wißt, ist der Genosse Paul Böttcher von der neuen Parteizentrale zum Sekretär des sächsischen Landesvorstandes gemacht worden und leitet an einer entscheidenden Stelle seit Monaten die Politik der Partei. War diese Ernennung eines alten bornierten Brandlerners an sich schon eine politische Unmöglichkeit, so wird dieser Zustand im Zusammenhang mit der Frage der restlosen Fürstenenteignung geradezu unhaltbar.

Paul Böttcher hat nämlich als Finanzminister der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung in Sachsen zusammen mit Zeigner den Versuch gemacht, dem sächsischen Königshause zwei Tage vor seiner eigenen Absägung durch Seeckt, ungeheure Werte in den Rachen zu schleudern.

Vor uns liegt der „Vorwärts" vom Mittwoch, den 24. Oktober 1923, Abendausgabe 2. Seite, Ueberschrift „Zeigner über die Polizeiaktion. Mahnung zur Besonnenheit." Unter diesem Titel wird aus Dresden über eine Landtagssitzung folgendes gemeldet:

„Im Laufe der Verhandlung wurde der Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshause behandelt. Darnach verzichtet der König auf alle Rechte an dem Staatsgut einschl. des Domänengutes. Der Freistaat Sachsen überläßt dafür den Familienverein Haus Wettin-albertinische Linie, die Moritzburger Domänengrundstücke, darunter Schloß Moritzburg mit Ausstattung und einige Forstreviere als Eigentum. Weiter erhält der Familienverein eine Barabfindung im Betrage von 14 Millionen Mark, samt Zinsen von 5 Prozent ab 1. Juni 1920. Dem vorm. König wird auf Lebenszeit die Ausübung des Jagdrechtes in 5 Revieren eingeräumt."

Ministerpräsident Zeigner begründete diese Vorlage und bat um ihre schnelle Verabschiedung, damit endlich Klarheit geschaffen werde. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage, da es sich um eine 1. Lesung handelte, dem Rechtsausschuß überwiesen.

Diese Vorgänge schienen so unglaublich und verbrecherisch, daß wir es vorzogen die amtlichen Protokolle des sächsischen Landtages einzusehen. Diese bestätigen das ungeheure Verbrechen voll und ganz. Im Bericht über die 62. Sitzung vom Dienstag, den 30. Oktober 1923 heißt es:

I. Beratung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung: Zeigner vertrat die unerhörte Vorlage im Namen der Gesamtregierung. Er führte aus:

„Der erste in diesen Tagen abgeschlossene Zusatzantrag bringt gegenüber dem Hauptvertrag insofern eine bedeutsame Klarstellung, als er im einzelnen genau aufführt, was an Hausfideikomisvermögen dem Familienverein Haus-Wettin überwiesen werden soll."

Zeigner fährt dann im Namen der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, deren Finanzminister Böttcher war, fort:

„Ohne eine gewisse Großzügigkeit von beiden Seiten sind Auseinandersetzungen wie die vorliegende überhaupt nicht zum Abschluß zu bringen . . . Von einer wesentlichen Benachteiligung des einen oder des anderen Vertragteiles wird man kaum sprechen können. Die Regierung darf sich der Erwartung hingeben, daß auch der Landtag bei der näheren Durchprüfung des Entwurfes sich davon überzeugen wird, daß der Entwurf aus dem Geist heraus entstanden ist, zu dem friedlichen Ausgleich mit dem vorm. Königshause zu gelangen, dessen Mitglieder, daß wollen wir dankbar anerkennen, in langer Allenrelhe den Lande hohe Kulturwerte vermittelt haben. Die Regierung bittet deshalb den Landtag dem Entwurf seine Zustimmung zu geben und ihn möglichst schnell zu verabschieden.

Das waren die Sorgen Paul Böttchers zwei Tage vor dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen.

Paul Böttcher ergriff in der ganzen Debatte laut amtlichem Protokoll überhaupt nicht das Wort. Desgleichen auch Minister Heckert nicht.

Es sprach nur die Gen. Marta Schlag, die jetzt offen bei der SPD. ist, in einer kurzen Massenrede. Sie ließ die Möglichkeit zu, daß die Kommunisten Verbesserungsanträge einbringen würden.

Am Schlusse wurde die Vorlage gegen nur drei Stimmen dem Rechtsausschuß überwiesen. Es haben also eine Anzahl kommunistischer Abgeordneter dafür gestimmt oder sich irgendwie der Stimme enthalten.

Nun aber auch das Allerschlimmste! Z. K. und Ekki sind über diese Sauerei voll und ganz informiert. Beweis, das Protokoll des V. Weltkongresses. Sitzung am 23. Juni 1924.

Thälmann (Deutschland):

„Wir haben ferner gesehen, daß die Regierung schon nach wenigen Tagen 14 Millionen Mark als Abfindungssumme für den König von Sachsen bewilligt."

Bucharin in derselben Sitzung:

„Ich habe auf unserem Parteitag über diese Dinge gesprochen . . . . Wir können solche Kleinigkeiten doch nicht vergessen — wie zum Beispiel, daß die Frage der Entschädigung der königl. Familie auf die Tagesordnung gestellt wurde. Das ist doch sehr symptomatisch . . . . das können wir nie vergessen."

Bucharin hat vergessen und Teddy Thälmann hat ein sehr kurzes Gedächtnis, ebenso der Genosse Schneller, der doch die sächsischen Dinge auch kennen muß. Sie haben zuviel mit der Schnüffelei nach der linken Fraktion zu tun. Die Genossen sehen, daß selbst in der Frage der Fürstenabfindung die Zentrale ein unehrliches Spiel mit ihnen treibt. Was soll erst werden, wenn bürgerliche und Sozialdemokraten erst diese Dinge aufrollen. Wir gratulieren zur Böttcher-Landsbergfront."

„Keinen Pfennig den Fürsten. Sammelt Geld zur Durchführung des Volksentscheids"

rufen die Fürstenknechte von Landsberg bis Böttcher, weil dieser grandiose Schwindel für sie heute ein gutes Geschäft ist.

Keinen Pfennig diesen Konjunktur-Politikanten,

die nur brüllen weil sie nicht direkt an der Kapitalfutterkrippe sitzen.

Alles für den Kampfbund der revolutionären Partei des klassenbewußten Proletariats!

die unermüdlich und allen Verleumdungen zum Trotz für Klarheit und Wahrheit kämpft

muß die Antwort des revolutionären Proletariats sein!

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Die Böttcher-Landsberg Einheitsfront

Das nebenstehend abgedruckte Manuskript wurde uns gemeinsam mit einem Flugblatt über die Vorgänge in Hannover übersandt mit der Bitte, trotz unserer abweichenden Stellung von der der „Ultralinken" in der „KAZ.", diese Dokumente der proletarischen Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Offenbar kommt den revolutionär empfindenden Mitgliedern der KPD. langsam zum Bewußtsein, daß eine ungeheure Eiterbeule aufgeschnitten werden muß, selbst um den Preis, daß diese Initiative bei den eigenen Mitgliedern selbst als „Dolchstoß" gewertet werden könnte. Offenbar liegt diesem Beginnen der Gedanke zu Grunde, die KPD. vor dem völligen Versinken in politische und materielle Korruption zu bewahren, und eine Erneuerung von innen heraus zu erzwingen; durch einen Anstoß von außen die Frage des „neuen Kurses" von neuem aufzurollen. Die Genossen sind jedoch in einem verhängnisvollen Irrtum befangen, und zwar aus folgenden Gründen:

Die krampfhafte Vergewaltigung aller durch die proletarische Revolution akut gewordenen Probleme von Seiten der III. Internationale ist nicht in erster Linie das Resultat von „Verrätern". Die innere personelle Korruption gehört notwendigerweise zu dem „neuen" Kurs. Wir wollen nur einige Symptome des neuen Kurses festhalten: Die russische Regierung verhandelt gegenwärtig mit dem französischen und mit dem deutschen Kapital. Die Verhandlungen drehen sich um gegenseitige Abkommen auf lange Sicht, auf Jahre, auf Jahrzehnte! Diese Verhandlungen finden statt in einer Zeit des offensichtlichen Niederganges des Kapitalismus. Jeder Revolutionär, dem der Kommunismus und die materialistische Geschichtsauffassung mehr ist, als ein papageienartiges Nachplappern vorgesetzter Phrasen, muß wissen, daß das Proletariat nicht die Aufgabe hat, diese Krise zu beheben, sondern sie auf die Spitze zu treiben. Dem Proletariat die Unmöglichkeit der Ueberwindung der Krise auf kapitalistischer Basis zum Bewußtsein zu bringen! Was tun die deutschen und französischen Parlamentarier der III. Internationale? Sie zählen dem Proletariat an den Fingern vor und rechnen bis ins kleinste aus, daß durch dieses Wirschaftsgebahren die Arbeitslosigkeit behoben, als Konsequenz dessen, daß die Reservearmee verschwindet, die Löhne sich infolge der Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft erhöhen, und somit alles in schönster Butter ist. Die Parlamentarier der KPD. haben eben die Aufgabe, zugunsten der russischen Staatspolitik alle Dinge auf den Kopf zu stellen. Die Folge ist die Vergewaltigung jeder Logik. Da das Proletariat an sich trotz alledem einen ziemlich feinen Instinkt besitzt, gibt es kein anderes Mittel, als die infame vor keinem Mittel zurückschreckende Verleumdung jedes Vertreters wirklich proletarischer Interessen. Dazu muß man sich natürlich Leute kaufen, Zeitungen kaufen. Um die Organisation selbst zu einem Instrument einer solchen Politik machen zu können, wird die Frage der Disziplin nach Gesichtspunkten zur Debatte gestellt, die jeden ehrlichen Arbeiter, der sich gegen diese mit tausend Intrigien zusammengehaltene Politik wehrt, zu einem Wirrkopf, einem „Antibolschewisten" stempelt. Die Frage Rußland, seine ökonomische Entwicklung, die Entwicklung der Klassenverhältnisse, die Herrschaft der Bauern, die Stellung des Proletariats als Klasse der Lohnarbeiter in Rußland wird aus dem Bereich der dialektischen Betrachtung herausgehoben und in das Reich der Religion, des Glaubens verwiesen. Man braucht nicht mehr zu wissen, man hat nur noch zu „glauben".

Diese so gerichtete Ideologie ist natürlich der beste Nährboden für jede politische Prostitution und Unanst. Ruth Fischer stellt sich in Moskau hin, und singt mit

Klassenbewußte Arbeiter lesen die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung"!